

IWF und zur finanziellen Lage der Nationen

Ich kann mir denken, dass die Abgeordneten der Freien Liste beim Beschluss zur IWF-Quotenerhöhung im kommenden Landtag eher zurückhaltend sein dürften, weil der IWF den Schuldner seine Bedingungen ohne Rücksicht auf soziale Verträglichkeit aufdrückt.

Dies und manch anderes wird zu meinen Freunden in der FPB nicht durchgedrungen sein. Von der Ukraine (Staatsschuld: 194 Mrd. US-Dollar) verlangt der IWF nicht nur ein unabhängiges Gericht gegen Korruption, Erhöhung des Rentenalters und Ende der Frühpensionierung, sondern vor allem auch die Liberalisierung des Verkaufs von Ackerland, «an dem internationale Investoren interessiert sind». Das sind die IWF-Kreditbedingungen, über die sich Investoren aus den USA und wohl auch aus China die halbe Welt unter den Nagel reissen. Was würde der IWF im Falle eines Kredits nebst hohen Zinsen wohl bei uns durchsetzen? Für die USA errechnete der IWF bis 2030 eine Staatsschuld von 52 Billionen Dollar, entspricht bei 3 Prozent Zinskosten von 1560 Milliarden oder 4,3 Milliarden pro Tag. In der Eurozone wachsen die Staatsschulden bis 2030 auf 16,5 Billionen Euro. Als Schuldenturbo erweist sich Deutschland, das bis 2030 mit einem Schuldenzuwachs von 33 Prozent auf über 3800 Milliarden sogar Italien (3526 Milliarden) überholen und innerhalb der EU nach Frankreich (4500 Milliarden) auf Rang zwei vorstossen wird. Die globale Staatsverschuldung errechnete der IWF mit 111 Billionen Dollar. Ist Liechtenstein gut beraten, bereits nach einem Jahr in diesen gigantischen internationalen Schuldenkrater weitere Millionen einzuschiessen? Einer koordinierten Befürwortungspropaganda aller staatlichen Institutionen geschuldet, hat das Volk dem IWF-Beitritt zugestimmt. Gemäss einer nicht repräsentativen Meinungsumfrage im «Vaterland» steht die Bevölkerung einer Quotenerhöhung heute, also nur ein Jahr später, zu 70 Prozent ablehnend gegenüber. Die Mehrheit der Abgeordneten wird dies nicht viel kümmern.

**Georg Kieber
Binzastrasse 8, Maure**